

Entschließungsantrag **der Fraktion der SPD**

zur Erklärung der Bundesregierung vom 30. Januar 1991

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Verantwortlichen, die Kriegshandlungen am Golf einzustellen, um erneut für politische Lösungen Platz zu schaffen. Zu diesem Zweck fordert er die irakische Führung auf, sofort mit dem Abzug der irakischen Truppen aus Kuwait zu beginnen, dessen völkerrechtswidrige Besetzung Ausgangspunkt der jetzigen Konfrontation ist.
2. Der Deutsche Bundestag ist tief betroffen darüber, daß eine kriegserische Eskalation am Golf nicht durch politische Lösungen verhindert worden ist. Er betrauert die Opfer dieser militärischen Auseinandersetzung.

Der Deutsche Bundestag weiß sich darin eins mit den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Betroffenheit in Demonstrationen und Kundgebungen, in Mahnwachen und Gebeten zum Ausdruck bringen. Er teilt ihre Sorgen einer weiteren Eskalation der Kriegshandlung.

3. Die Diplomatie hat keine ausreichende Chance erhalten, diesen Krieg zu verhindern. Wir bedauern, daß den Sanktionen gegen den Irak nicht die erforderliche Zeit gegeben worden ist, um sich voll auszuwirken. Um so mehr sind jetzt politische Lösungen zur Beendigung des Krieges dringend geboten.
4. Der Deutsche Bundestag appelliert an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, alles nur Mögliche zur Beendigung der Kriegshandlungen zu unternehmen.

Die Mitgliedstaaten der Arabischen Liga und der Blockfreien sind aufgerufen, erneut zu prüfen, welche ernsten Beiträge sie zu einer regionalen Überwindung des Konflikts leisten können.

5. Der Deutsche Bundestag unterstützt weiterhin den Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Mitterrand für eine politische Konfliktlösung im Nahen Osten. Jetzt muß der Weg zu einer stabilen Friedensordnung im Nahen Osten geebnet wer-

den. Eine internationale Nahost-Konferenz ist dafür ein geeignetes Mittel.

6. Eine solche Friedensordnung wird nur von Dauer sein, wenn der Belieferung der Staaten des Nahen Ostens mit Kriegswaffen, Rüstungsgütern und militärischem Know-how ein Riegel vorgeschoben wird. Die Bundesregierung muß aus ihren schweren Versäumnissen und Unterlassungen in der Waffenexportpolitik der letzten Jahre endlich eine Lehre ziehen.
7. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Übereinstimmung im Deutschen Bundestag und mit der Bundesregierung, daß nach dem Grundgesetz ein Einsatz deutscher Soldaten außerhalb des NATO-Gebietes nicht möglich ist.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß Kampfhandlungen, die sich daraus ergeben, daß mit Einverständnis der Türkei vom türkischen Territorium aus militärische Aktionen gegen den Irak unternommen werden, keinen Bündnisfall darstellen. Über den Eintritt des Bündnisfalls und über Krieg und Frieden entscheidet der Deutsche Bundestag.

Bonn, den 31. Januar 1991

Dr. Vogel und Fraktion